



SEV Nr. 16

Die Zeitung der Gewerkschaft des Verkehrspersonals



©Keystone/Ennio Lanza

FINANZHILFE FÜR DEN ÖV

Kurzfristige Einsparungen mit Folgen

Editorial von Giorgio Tuti, Präsident SEV



Während der Bundesrat Massnahmen ergriffen hat, die für die einen zu streng, für die anderen nicht ausreichend sind, sorgen sich Arbeitnehmende und die gesamte Bevölkerung gleichermassen um ihre Gesundheit.

Besorgnis besteht auch bezüglich der Arbeitsbedingungen. Seit Beginn der Krise macht sich der SEV für den Schutz des Personals stark - eigentlich die Aufgabe der Arbeitgeber. Gegenwärtig konzentriert sich unser gewerkschaftliches und politisches Handeln aber auf die sinkenden Passagierzahlen in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Einnahmenverluste der öV-Unternehmen werden für 2020 auf etwa 1,5 Milliarden Franken geschätzt, was einem Rückgang von 25 bis 30 Prozent gegenüber 2019 entspricht. Unsere Besorgnis über diesen Um-

stand haben wir in einem Brief an Bundespräsidentin und Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga zum Ausdruck gebracht. Die öffentliche Hand muss die Einnahmenverluste decken. Denn trotz der im September vom Parlament beschlossenen finanziellen Unterstützung schnallen die Transportunternehmen den Gürtel bereits enger und erwägen Sparmassnahmen, die auch auf dem Rücken des Personals ausgetragen werden sollen.

Vergangene Woche konnte ich unsere Position vor dem Verwaltungsrat der SBB vertreten. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Bundesbetrieb die Lohnentwicklung seines Personals einfrieren und Ferien kürzen will. Die Mitarbeitenden haben in dieser Krise ihren Beitrag geleistet und leisten ihn auch weiterhin, indem sie gewissenhaft ihre Arbeit erledigen. Die SBB sendet ihren Angestellten damit ein sehr negatives

und demotivierendes Signal. Dies war meine Botschaft an den Verwaltungsrat des Unternehmens, der die strategische Richtung langfristig festlegen muss.

Es liegt auch im Interesse der Branche, dass wir Angriffe aufs Personal abwehren. Spätestens seit dieser Krise weiss die Bevölkerung, dass der öV systemrelevant ist. Geraten Arbeitsbedingungen in Bedrängnis, so leidet auch die Attraktivität der Branche. Diese braucht in den nächsten Jahren aber genug gut ausgebildetes Personal, denn diese Krise ändert nichts an der demografischen Entwicklung, die für die Transportunternehmen herausfordernd sein wird.

Der öV ist zudem Teil der Lösung für die Herausforderungen, die uns der Klimawandel stellt. Auch deshalb müssen bestehende Stellen erhalten und sicher auch neue geschaffen werden.

Gerechtigkeit

Ja zur Konzernverantwortungsinitiative: Dick Marty im Interview.

2

Gesundheit

Schutz geht vor: Der SEV-Kongress 2021 kann nicht wie geplant stattfinden.

4

Vorsorge

Die Unterschriftensammlung für eine 13. AHV-Rente ist auf gutem Weg.

5

Zahlreiche Absagen

Wie bereits die Migrationstagung, hat der SEV aufgrund der aktuellen Lage nun auch die Bildungstagung der Frauen abgesagen müssen. Sie war für den 20. November geplant.

Bis Ende Jahr sind ausserdem sämtliche Weiterbildungskurse des SEV abgesagt.

Für die Kurse 2021 kannst du dich nun online einschreiben unter sev-online.ch/de/deine-vorteile/bildung. Kontaktieren kannst uns auch telefonisch oder per E-Mail unter 031 357 57 57 oder bildung@sev-online.ch.

Nicht nur die Weiterbildung, sondern auch andere Anlässe mussten aufgrund des Coronavirus abgesagt werden – siehe Agenda auf Seite 8.



© Ti-Press / Eia Bianchi

Gegen Sonntagsarbeit

Ungeachtet des ausserordentlichen Engagements des Verkaufspersonals während des Teil-Lockdowns im Frühjahr beschloss das Berner Kantonsparlament im Juni, die Sonntagsarbeit im Kanton Bern auszuweiten und von zwei auf vier Tage zu erhöhen. In nur drei Monaten haben Gewerkschaften und Parteien 20 000 Unterschriften gegen diese Entscheidung gesammelt. Mit dem Zustandekommen des Referendums (notwendig sind 10 000 Unterschriften) liegt der Entscheid nun bei den Stimmberechtigten des Kantons Bern.

Korrigendum

In der letzten Ausgabe Nr. 15 hatte sich im Artikel zu den SBB-Verkaufsschaltern «Ist die Abbauwelle bald vorbei?» ein Fehler eingeschlichen: Es trifft nicht zu, dass die CJ ihre Verkaufsstelle in Saignelégier (JU) schliessen wollen. Es ist die Abteilung Verkehrsmanagement, die von Saignelégier nach Tramelan umzieht, daher unsere Verwirrung. Wir entschuldigen uns für diese fehlerhafte Information.

FÜR VERANTWORTUNGSBEWUSSTE MULTIS

Ein JA für Gerechtigkeit

Françoise Gehring / Übersetzung: Jörg Matter
francoise.gehring@sev-online.ch

Für verantwortungsbewusste multinationale Unternehmen, die Menschenrechte und Umwelt respektieren: So lässt sich die Eidgenössische Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative) zusammenfassen, über die wir am 29. November abstimmen werden (siehe auch S. 9). Wir sprechen mit dem Kovorsitzenden des Initiativkomitees, Dick Marty, Ständerat a.D., Staatsrat des Kantons Tessin und Staatsanwalt, darüber. Er setzt sich vorbehaltlos für die Sache ein.

Im Grunde ist die Forderung der Initiative einfach: Jede/r muss sich für seine Handlungen verantworten.

Dick Marty: Natürlich muss in einer zivilisierten Gesellschaft jede/r für seine Taten geradestehen. Dies ist ein elementares Prinzip jeder sozialen Struktur und ein wesentliches Element des Zusammenlebens. Wir können nicht akzeptieren, dass multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz die Augen verschliessen vor Menschenrechtsverletzungen oder schweren Verstössen gegen internationale Umweltstandards. Die Initiative fordert, dass auch in solchen Fällen ein Grundsatz unserer Rechtsstaatlichkeit gilt: Wer einen Schaden verursacht, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Um sicherzustellen, dass sich die Unternehmen an die neue Gesetzgebung halten, haben künftige Verstösse zivilrechtliche Folgen. Unternehmen werden sich daher für Verletzungen von Menschenrechten und internationalen Umweltstandards durch ihre Tochtergesellschaften verantworten müssen. Lieferanten und Subunternehmer, über die die multinationalen Unternehmen keine Kontrolle haben, sind ausgeschlossen.

Aber wenn enorme wirtschaftliche Interessen und Profite auf dem Spiel stehen, ist die Dynamik eine andere ...

Tatsächlich werden heute wirtschaftliche Partikularinteressen aufgrund des Rechts des Stärkeren durchgesetzt. Die Globalisierung hat die Entstehung und Verbreitung von internationalen Wirtschaftsgiganten begünstigt, die keine wirkliche Verbindung mehr zu einem Land haben; kurz gesagt, sie kennen keine Grenzen.

Sie haben also grosse Handlungsfreiheit?

Die Aktionäre dieser multinationalen Giganten sind in der Regel anonym und verstecken sich hinter spekulativen Investmentfonds, deren Ziel die Gewinnmaximierung ist. Diese multinationalen Unternehmen, die vor allem im Bereich der Rohstoffe tätig sind, operieren oft in Ländern, die zwar eigentlich sehr reich, in Wirklichkeit aber sehr zerbrechlich sind und von Armut, Korruption und Gewalt verschlungen werden. Diese Länder verfügen über keine wirklich unabhängige Justiz und sind daher nicht in der Lage, ihre Bürger zu schützen. Gegenüber diesen nationalen Institutionen sind die multinationalen Konzerne daher viel mächtiger.

Eines der Argumente der Gegner bezieht sich auf eine mögliche Welle von Gerichtsverfahren.

Der von der Initiative geforderte rechtliche Mechanismus würde nicht zu einer Welle von Gerichtsverfahren oder zu einer Umkehr der Beweislast führen, wie von den Gegnern behauptet wird. Eine geschädigte Person müsste drei Dinge beweisen: dass sie einen Schaden erlitten hat; dass die Handlungen, die diesen Schaden verursacht haben rechtswidrig sind; und dass es einen Kausalzusammenhang zwischen Schaden und Handlung gibt. Nur dann, wenn das betroffene multinationale Unternehmen keine angemessenen Massnahmen zur Verhinderung eines solchen Schadens ergriffen hat, wird es für schuldig befunden und muss dem Opfer eine Entschädigung zahlen. Wenn auch nur eines dieser Elemente fehlt, wird die Klage abgewiesen. Die Wirkung der Konzernverantwortungsinitiative ist deshalb auch primär präventiv: Multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz werden nicht mehr die Augen verschliessen können vor Menschenrechtsverletzungen oder schwerwiegenden Verstössen gegen internationale Umweltstandards, sondern präventiv handeln müssen, um Schäden für Mensch und Umwelt zu verhindern.

Aber wie können die oft sehr armen Opfer sich einen Rechtsfall leisten, der sehr kostspielig sein kann?

Nichtregierungsorganisationen sind wie bis anhin bereit, Gruppen oder Einzelpersonen zu unterstützen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind. Sie werden nicht allein gelassen – weder heute noch morgen. Wenn ein multinationales Unternehmen durch die Ausbeutung

von Kinderarbeit oder durch die Verschmutzung von Flüssen, die für die Lebensgrundlage ganzer Gemeinschaften lebenswichtig sind, reich wird, muss es dafür zur Verantwortung gezogen werden. Die betroffenen Menschen haben in ihren Ländern oft sehr geringe Chancen auf eine Entschädigung, weshalb wir ihnen die Möglichkeit verschaffen müssen, sich an ein Zivilgericht in der Schweiz zu wenden.

Wir nehmen an, dass die Multis und ihre Lobbyisten dabei nicht tatenlos zusehen werden ...

Natürlich nicht. Sie gehen aggressiv gegen die Initiative vor. Vor allem einige multinationale Unternehmen, deren Namen im Zusammenhang mit verschiedenen Skandalen immer wieder auftauchen, fürchten sich davor: Glencore, Syngenta, Lafarge-Holcim. Internationale Giganten, die seit Jahren mit der Art und Weise, wie sie in fragilen Ländern arbeiten, beweisen, dass sie glauben, über dem Gesetz zu stehen; ungestraft Umwelt- und/oder Gesundheitsschäden bei der lokalen Bevölkerung verursachen zu können. Freiwillige Massnahmen reichen da nicht aus. Um ihrem skrupellosen Verhalten ein Ende zu setzen, müssen wir alle an der Urne ein «Ja» für die Initiative einlegen. Unternehmen dürfen nicht nur Gewinne einstreichen und gleichzeitig die Augen vor Verstössen und Zerstörungen durch ihr Handeln verschliessen: Sie müssen sich für ihr Handeln verantworten. Frankreich beispielsweise hat bereits ein ähnliches Gesetz eingeführt, während in Grossbritannien, Kanada und den Niederlanden Menschen, die einen Schaden erlitten haben, bereits vor Gericht eine Entschädigung fordern können. Auf EU-Ebene sollte 2021 eine neue Gesetzgebung in Kraft treten, die die von der Initiative geforderte Haftung festschreibt. Die Schweiz darf hier nicht das Schlusslicht spielen!

130

Die breite Koalition zur Unterstützung der Initiative umfasst 130 Verbände, NGO, Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen, die in den Bereichen Entwicklungshilfe, Umweltschutz, Förderung von Frauen- und Menschenrechten tätig sind. Ausserdem gibt es drei Unterstützungskomitees von Unternehmen und Politikern aller Ausrichtungen.

GIORGIO TUTI antwortet

Staatshilfe in Gefahr

Wie steht der SEV zum Rahmenabkommen mit der EU zu einem Zeitpunkt, da eine neue Staatssekretärin für die Verhandlungen zuständig ist?

Nachdem der Angriff der SVP auf die Flankierenden Massnahmen am 27. September abgewehrt werden konnte, drängt Brüssel nun darauf, dass die Schweiz das mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen unterzeichnet. Für die Gewerkschaften ist klar: Lohnschutz und Staatshilfen dürfen nicht angetastet werden. Entweder wird neu verhandelt, oder das Abkommen ist vom Tisch.

Das haben wir oft wiederholt: Die im Rahmenabkommen vorgesehenen Bestimmungen zum Schutz Schweizer Löhne sind sehr unzureichend.

Und auch der zweite Punkt betrifft uns beim SEV sehr direkt: Staatliche Beihilfen (Subventionen) werden in Frage gestellt oder gar verboten, da sie den freien Wettbewerb

verzerrten. Damit gerät auch die Finanzierung des Service public im Allgemeinen und der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Besonderen ins Wanken. Da müssen bei den Gewerkschaften die Alarmglocken läuten: Die Finanzierung des Service public, wie wir ihn kennen, wäre dadurch gefährdet.

Die öffentliche Hand soll nach Ansicht der EU grundsätzlich von wirtschaftlichen Eingriffen absehen. In einer Zeit, in der das Coronavirus den Staat zwingt, den privaten wie auch den öffentlichen Sektor zu unterstützen und massiv einzugreifen, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern, müssen wir hinterfragen, was da verhandelt wurde. Das Rahmenabkommen muss zurückgezogen und mit Brüssel ernsthaft neu verhandelt werden.

Giorgio Tuti ist SEV-Präsident. Hast auch du eine Frage? Dann schreib uns an zeitung@sev-online.ch.

FINANZHILFE

«Der öV ist das Rückgrat der Mobilität in der Schweiz»

Fragen: Chantal Fischer
chantal.fischer@sev-online.ch

Die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs sind – unter vielen anderen – sehr stark von der Coronakrise betroffen. Insbesondere während dem Lockdown, als der Bundesrat dazu aufrief, zu Hause zu bleiben und den öV zu meiden, verzeichneten viele von ihnen hohe Verluste. Aber nach wie vor sind die Verkehrsmittel nicht ausgelastet, was sich nun durch die zweite Welle wohl wieder verschärfen dürfte. Der Bund hat Handlungsbedarf erkannt und ein Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs erlassen. Für den SEV nicht genug. Daniela Lehmann, Koordinatorin Verkehrspolitik beim SEV, erklärt die Hintergründe.

Daniela, das Parlament hat in der Herbstsession ein Gesetz zur finanziellen Unterstützung des öV verabschiedet. Nun fordert der SEV in einem Brief an den Bundesrat noch mehr Geld. Wieso reicht das Gesetz nicht?

Im Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs wurden erstens nicht alle Sparten berücksichtigt. So erhält der Fernverkehr nach wie vor kein Geld. Der Minderheitsantrag von unserer Kollegin Edith Graf-Litscher, der diesen Umstand korrigieren wollte, wurde leider abgelehnt.

Zweitens wurden die Unterstützungsgelder für den Regionalen Personenverkehr (RPV) ausgehend von einem Verlust von rund 35% in diesem Jahr gesprochen. Mit dem erneuten Aufruf zu mehr Homeoffice und möglicherweise mit noch weitergehenden Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus könnten die Verluste aber noch höher ausfallen. Grundsätz-

lich sollten aus unserer Sicht die gesamten Defizite der Unternehmen gedeckt werden.

Den Unternehmen des RPV wurde zugesichert, dass sie ihre Offerten fürs 2021 noch einmal überarbeiten dürfen und damit mehr Abgeltungen geltend machen können. Damit ist zumindest fürs nächste Jahr eine gewisse Sicherheit vorhanden. Für das laufende Jahr bleibt aber eine Unsicherheit.

Was erhofft sich der SEV von diesem Brief?

Wir möchten erreichen, dass der Bundesrat ein Signal sendet und den Unternehmen die Sicherheit vermittelt, dass sie nicht auf ihren Defiziten von 2020 sitzen bleiben. Umso wichtiger ist dies, weil aktuell die Lohnverhandlungen fürs nächste Jahr stattfinden und die Unternehmen konkret überlegen müssen, wie ihr Geschäft im 2021 weitergehen wird. Bei grossen Unsicherheiten leidet erfahrungsgemäss insbesondere das Personal. Dort zu sparen wäre aber definitiv der falsche Weg.

Und wir hoffen, dass der Bundesrat und das Parlament noch einmal auf den Entscheid bezüglich Fernverkehr zurückkommen. Aktuell sehe ich zwar keine Anzeichen dafür, dass der Fernverkehr doch noch finanzielle Unterstützung erhalten wird. Aber wenn sich die Covid-19-Situation weiter verschärft, könnte es vielleicht doch noch zu einem Kurswechsel kommen. Die Notlage wird jedenfalls auch im Fernverkehr grösser. Die SBB hat bereits Sparmassnahmen eingeleitet.

Auch finanziell unterstützte Unternehmen wollen beim Personal sparen. Braucht es da nicht Auflagen?

Der Widerstand, Unterstützungsgelder an Bedingungen zu knüpfen, war gross, wie wir

beim Flugverkehr sehen konnten. Der SEV hätte die Gelder für den Flugverkehr gerne an eine GAV-Pflicht und ein Entlassungsverbot während der Unterstützungsphase geknüpft. Mit dieser Forderung waren wir aber chancenlos.

Für den SEV ist aber natürlich klar, dass er nicht tatenlos zusehen wird, wenn die Unternehmen, die – nicht zuletzt auch dank dem politischen Einsatz des SEV – finanzielle Unterstützung erhalten, bei den Anstellungsbedingungen sparen wollen. Die SEV-Gewerkschaftssekretäre werden bei den anstehenden Lohnverhandlungen ganz genau hinschauen.

Hand aufs Herz: Andere Branchen stehen aktuell viel schlechter da als der öffentliche Verkehr. Wieso soll ausgerechnet er noch mehr unterstützt werden?

Einzelne Branchen gegeneinander auszuspielen, bringt uns nicht weiter. Der SEV setzt sich für den öffentlichen Verkehr ein, weil dieser für das gesellschaftliche Funktionieren und die wirtschaftliche Entwicklung immens wichtig ist. Man hat es auch im Lockdown gesehen: Der öV ist systemrelevant und muss auch in der Krise funktionieren. Er ist das Rückgrat der Mobilität in der Schweiz.

Und nicht zu vergessen ist auch die Klimadebatte. Der Verkehr ist einer der grossen Energieverbraucher. Der öffentliche Verkehr steht hier allerdings sehr viel besser da als der motorisierte Individualverkehr: Er hat aktuell rund 20% Anteil am gesamten Verkehrsvolumen in der Schweiz, verbraucht aber weniger als 5% an Energie. Unsere Klimaziele können wir nur erreichen, wenn wir im Verkehr den Modalsplit zugunsten des öV verlagern können. Der öffentliche Verkehr muss massiv ausgebaut werden. Gerade auch deshalb ist es umso wichtiger, dass er aktuell unterstützt und der zukünftige Ausbau nicht gebremst wird.

Und wieso setzt sich der SEV als Gewerkschaft für einen neuen Modalsplit ein?

Der SEV ist gerade dabei, seine gewerkschaftlichen Forderungen bezüglich Modalsplit zu formulieren. Das heisst: Es braucht genügend Personal, denn dieses trägt nachweislich zur Attraktivität des öV bei, so zum Beispiel zum subjektiven Sicherheitsempfinden. Wird der öffentliche Verkehr ausgebaut, müssen die Unternehmen qualifiziertes Personal ausbauen, was nur über attraktive Anstellungsbedingungen geht.

In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass die Verkehrsunternehmen wegen der demografischen Entwicklung vor grossen Herausforderungen stehen. Bei der SBB beispielsweise werden bis 2035 rund 40% der heutigen Mitarbeitenden pensioniert werden. Der heutige Fachkräftemangel wird sich damit künftig noch verschärfen.



Der Kanton Genf führt den höchsten Mindestlohn im ganzen Land ein: **23 Franken pro Stunde** ab 1. November, nachdem eine entsprechende Initiative der Gewerkschaften am 27. September mit 58,15% Ja-Stimmen angenommen wurde. Die Gewerkschaften hatten die Inkraftsetzung unmittelbar nach der Abstimmung verlangt, die Arbeitgeber hätten den 1. Januar 2021 vorgezogen. Die Corona-Pandemie habe den Befürworter/innen des Mindestlohns den nötigen Aufschwung gegeben, lautete der Tenor in Genf. Die Krise habe deutlich vor Augen geführt, wie viele «Working poor» in Genf leben – Menschen, die trotz Vollzeitstellung nicht über die Runden kommen. Das Gesetz schliesst Lehrlinge, junge Menschen unter 18 Jahren sowie die Sektoren Landwirtschaft und Blumenzucht aus. In diesen Sektoren beträgt der Mindestlohn für ungelernete Personen 16 Franken 90 pro Stunde.

Die Fahrbahnerneuerung im Lötschberg-Scheiteltunnel kostet mehr und dauert länger als ursprünglich geplant. Grund dafür sind gemäss BLS «unterschiedliche Interpretationen des Werkvertrages» mit der ARGE (Arbeitsgemeinschaft) Marti. Die BLS will die Mehrkosten für das Bauprojekt so tief wie möglich halten und redimensioniert das Projekt deshalb. Das letzte Wort hat das Bundesamt für Verkehr (BAV). Die Frage sei erlaubt, ob die BLS ihre Energie nicht besser in die Kooperationsverträge gesteckt hätte als in die Ausarbeitung von Sparmassnahmen ...



VORSTAND SEV

SEV-Kongress auf 2022 verschoben

Vivian Bologna / Übersetzung: Elisa Lanthaler
vivian.bologna@sev-online.ch

Die Sitzung des SEV-Vorstands vom 29. Oktober hatte im Hinblick auf die Coronakrise einen speziellen Beigeschmack: Da nicht mehr als 15 Personen teilnehmen durften, wurde sie in einem reduzierten Format abgehalten.

Die Durchführung des SEV-Kongresses im Jahr 2021 war einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung. Soll er verschoben werden, weil die mit dem Coronavirus verbundene Unsicherheit zu gross ist? Der Vorstand, der bereits an seiner Sitzung im September die Möglichkeit einer Verschiebung des Kongresses diskutiert hat-

te, beschloss einstimmig, dass es im nächsten Jahr keinen Kongress geben wird. Der Kongress wird auf den 26. Oktober 2022 verschoben.



Alle wichtigen Informationen auf sev-online.ch

Der Gesundheitsschutz der rund 400 Kongressteilnehmenden hat Vorrang. Der SEV-Vorstand leistete damit dem Vorschlag des Vorstandspräsidiums sowie der Geschäftsprüfungskommission folge. Ein digitaler oder teilweise online abgehaltener Kongress kam nicht infrage. Die Diskussionsmöglichkeiten seien



nicht die gleichen wie bei einer Präsenz vor Ort.

Welche Folgen hat diese Verschiebung?

Die Amtszeit des Vorstandspräsidiums, der SEV-Geschäftsleitung sowie der Geschäftsprüfungskommission wird verlängert.

Die Entscheidung, den Kongress um ein Jahr zu verschieben, wurde keineswegs leichtfertig gefällt. Um den bitteren Beigeschmack ein bisschen zu lindern, sei darauf hingewiesen, dass der SEV eine der letzten Gewerkschaften ist, die alle zwei Jahre einen Kongress abhält. Bei den meisten findet dieser alle vier Jahre statt.

Der Kongress ist nicht die einzige Veranstaltung, die im nächsten Jahr auf der Strecke bleiben wird. SEV-Präsident Giorgio Tuti erinnert daran, dass die für Anfang Jahr geplanten Sektionskonferenzen abgesagt werden mussten. «Wenn es die Situation erlaubt, werden wir nach alternativen Terminen suchen. Dennoch bleibt es in dieser Zeit wichtig, den Kontakt mit den Mitgliedern über alle möglichen Kommunikationskanäle aufrechtzuerhalten. Der SEV bleibt eine Gewerkschaft, in der Nähe grundlegend ist!» Der SEV fordert auch Sektionen und Unterverbände auf, ihre Versammlungen abzusagen, bis sich die Pandemiesituation verbessert hat.

SEV-TPF

Bilanz der Sektionsfusion

Yves Sancey / Übersetzung: Markus Fischer

Am 15. Mai 2019 haben die drei SEV-Sektionen bei den Freiburger Verkehrsunternehmen (TPF) – Stadtbahn, Bahn und Regionalbus – in Freiburg einstimmig beschlossen, sich zu einer einzigen Sektion zusammenzuschliessen. Eineinhalb Jahre später zieht Sektionspräsident Fritz Haenni Zwischenbilanz: Wurde das Ziel erreicht, gemeinsam stärker zu sein? Und wo gibt es noch Verbesserungspotenzial?

SEV-Zeitung: Wie würdest du die gemeinsame Sektionsarbeit der letzten 18 Monate zusammenfassen?

Fritz Haenni: Am Anfang war es hart (lacht)! Jeder von uns verteidigte noch immer ein bisschen seinen eigenen Beruf mit seiner eigenen Geschichte und seinen Besonderheiten. Die TPF sind halt ein Fusionsprodukt. Aber jetzt läuft es schon viel besser. Wir müssen geduldig sein. Es wird wohl noch drei oder vier Jahre dauern, bis wir wirklich sagen können: Ja, wir sind eine ge-

meinsame Sektion. Man muss es erklären, mit den Leuten reden. Das braucht Zeit. Aber wir sind auf gutem Weg. Im Vorstand läuft es sehr gut. Bei Aktionen im Betrieb spricht Bernard Clerc, der ehemalige Präsident der Sektion Stadtbahn, mit den Regionalbusfahrer/innen, und ich spreche mit den Stadtbusfahrer/innen! Wir sind wirklich zusammen.

Wie präsentiert sich die Fusionsbilanz bei den Dienstplänen?

Wir haben während drei Tagen Kolleg/innen am Arbeitsplatz befragt, wie sie arbeiten wollen. Dabei haben wir festgestellt, dass es sehr unterschiedliche Arbeitswelten gibt. Wir Regionalbusfahrer/innen wollen sieben Nächte hintereinander arbeiten – dieser Wunsch ist bei uns weit verbreitet. Bei den Stadtbussen dagegen wäre dies nicht machbar und eine Katastrophe. Wir müssen gewisse Besonderheiten beibehalten, denn unsere Arbeit ist nicht die gleiche. Es gilt aufmerksam und genau hinzuhören, welche Dienstschichtlängen und Rotationen die Kolleg/innen wollen. Auch funktionieren nicht alle Garagen gleich. Es ist meine Aufgabe, das zu spüren. Jedes Depot hat seine eigene Fahrplankommission. Und auch die Bedürfnisse des Bahnpersonals gilt es angemessen zu berücksichtigen.

Was sind deine Hoffnungen für die nächsten Jahre?

Dass wir wirklich zusammenfinden. Da bin ich noch nicht ganz zufrieden. Wir können uns noch näher kommen. Doch der SEV hat einen guten Organisationsgrad und viele Mitglieder. Und wenn die Unternehmensleitung Sparmassnahmen durchsetzen will, die wir nicht wollen, dann wehren wir uns gemeinsam dagegen! Und wenn es um den GAV geht, ziehen wir auf jeden Fall am selben Strick!



Aktionen im Betrieb schweissen zusammen – Teamwork im Sektionsvorstand.



LUFTFAHRT

Swiss: kein grenzenloses Sparen beim Personal

Elisa Lanthaler Die zweite Covid-19-Welle trifft die Luftverkehrsbranche hart – trotz bereits stehenden Flugzeugen. «Dies spüren wir auch in der Härte der laufenden Verhandlungen», sagt Philipp Hadorn, Präsident von SEV-GATA und zuständiger Gewerkschaftssekretär für die Swiss. Die Verhandlungen mit der Schweizer Airline gingen Ende Oktober in eine weitere Runde. Dabei stellte die Swiss ein ganzes Arsenal an temporären GAV-Anpassungen zur Diskussion. Ziel dabei: eine Senkung der Personalkosten um 15 bis 20 Prozent.

Diese will die Swiss etwa über die Fluktuation und (Früh-)Pensionierungen erreichen. Daneben stellt das Unternehmen aber auch Sparmassnahmen in der Pensionskasse sowie den 13. Monatslohn zur Diskussion und erwägt auch Stellenabbau und eine Reduktion des Basislohns.

«Das Personal ist zwar bereit, seinen Beitrag zur Krise zu leisten. Dabei gibt es aber klare Grenzen», betont Philipp Hadorn. So legte die Verhandlungsgemeinschaft unmissverständlich ihre Rahmenbedingungen

für mögliche Sparbeiträge dar:

- Während der Dauer der Sparmassnahmen darf die Swiss keine Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen aussprechen.
- Die Massnahmen müssen temporär sein: Sie dürfen frühestens ab Ablauf der Kurzarbeit gelten und nur, bis der Flugbetrieb wieder hochgefahren werden konnte; längstens aber 12 Monate.
- Gleichzeitig verlangt SEV-GATA einen regelmässigen Bericht über die Wirkung der Sparmassnahmen, die Bereitschaft zu allfälligen Rückzahlungen ans Personal nach Ende der Krise sowie eine Verlängerung des aktuellen Gesamtarbeitsvertrags um drei Jahre. Die nächsten Verhandlungstermine sind vereinbart, SEV-GATA wird laufend über die Gespräche informieren.

Transparenz bei Boni-Zahlungen

«Wir haben uns bereits erfolgreich für ein Hilfspaket für die Luftfahrt sowie verlängerte Kurzarbeit eingesetzt und werden dies auch weiter tun», so Hadorn. Sollten sich während dieser Krisenzeit aber unverhältnismässige Boni-Ausschüttungen an die Manager bestätigen, wie dies von diversen Medien berichtet wurde, sei dies inakzeptabel, stellt der Gewerkschaftssekretär klar. SEV-GATA fordert hier Transparenz von der Swiss mit einer entsprechenden Offenlegung der Beträge und behält sich konkrete Forderungen vor.

Swissport Genf: vertragsloser Zustand

Seit dem 1. Oktober steht das Personal bei Swissport Genf ohne Gesamtarbeitsvertrag da. Die Verhandlungen sind blockiert und das Unternehmen weigert sich, die Empfehlungen des Einigungsamtes umzusetzen. Mit einem Schreiben haben die Gewerkschaften und Berufsverbände des Bodenpersonals nun beim Mutterkonzern Swissport International interveniert und fordern eine Rückkehr zum konstruktiven Dialog: «Die aktuelle Situation eines vertragslosen Zustandes am Standort Genf erachten wir als unhaltbar und es verstösst wohl auch gegen die Flughafenkonzession», stellt Philipp Hadorn, klar. Dies gefährde den sozialen Frieden, was in der aktuellen Krise besonders stossend sei. Die Arbeitnehmervertreter möchten sich deshalb zeitnah mit Swissport zu einer Aussprache treffen. Sollte es nicht dazu kommen, sind Kampfmassnahmen in stufengerechter Eskalation mit den Betroffenen in Vorbereitung.

SEV-GATA: alle Mandats-träger/innen bestätigt

Unter strikter Einhaltung aller Schutzbestimmungen fand am 23. Oktober die Jubiläumsgeneralversammlung statt. SEV-GATA feierte nicht nur ihr 20-jähriges Bestehen, ebenfalls wurden alle Anträge inkl. Statutenanpassungen einstimmig angenommen sowie die bisherigen Mandats-träger/innen für die Periode 2021 bis 2024 bestätigt. Vorstandsmitglieder sind Philipp Hadorn (Präsident), Thomas Blum, Andreas Breker, Dominik Fischer, Bert Füller, Res Marti. Angaben mit Bild zu den Vorstandsmitgliedern, den SEV-Mitarbeitenden und den Vertrauenspersonen finden sich auf www.sev-gata.ch.

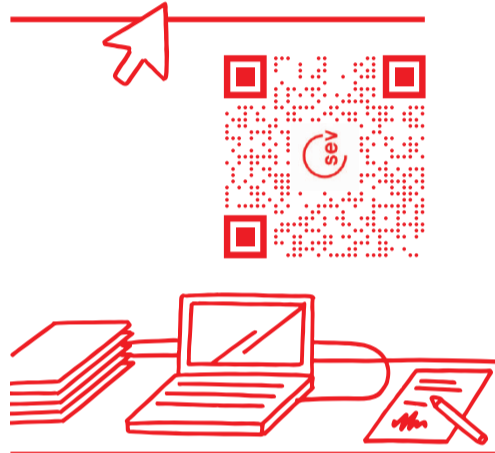
Neu online: HV VPT-BLS

Die Hauptversammlung der VPT-Sektion BLS findet am Mittwoch, 11. November 2020 ab 18:15 Uhr statt. Aufgrund der aktuellen Coronasituation kann die Versammlung nicht wie ursprünglich geplant im Hotel Bern stattfinden.

Damit die wichtigsten Geschäfte dennoch behandelt und zur Abstimmung gebracht werden können, findet die Hauptversammlung per Online-Tool «Zoom» statt.

Wer dabei sein und mitentscheiden will, meldet sich bitte bis zum 7. November per E-Mail an vorstand.bls@vpt-online.ch a. Er/sie erhält danach den Link für die Teilnahme und eine Kurzanleitung für die Nutzung von «Zoom».

sev-online.ch



ALTERSVORSORGE

13. AHV-Rente: schon 56 000 Unterschriften gesammelt

Vivian Bologna
vivian.bologna@sev-online.ch

Die Unterschriftensammlung für eine 13. AHV-Rente ist trotz der Gesundheitskrise in vollem Gange. Mehr als die Hälfte der erforderlichen 100 000 Unterschriften wurde bereits gesammelt! Der SEV, der sich verpflichtet hat, 10 000 Unterschriften zu sammeln, hat sein Ziel fast erreicht. SEV-Präsident Giorgio Tuti ruft zu einem letzten Effort auf.

«Es fehlen uns noch rund 700 Unterschriften zur Erreichung unseres Ziels von 10 000 Unterschriften. Ich bin stolz auf unsere aktiven Kolleg/innen und unsere Mitarbeitenden, die selber unterschrieben und Unterschriften für diese Initiative gesammelt haben. Sie ist insbesondere in diesen gesundheitlich und wirtschaftlich schwierigen Zeiten von Bedeutung», betont Giorgio Tuti. «Ich lade all jene, die noch nicht unterschrieben haben ein, dazu ein, dies mittels untenstehendem Formular oder online auf unserer Website zu tun.»

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ist zuversichtlich. Es konnten bereits 56 000 Unterschriften gesammelt werden. Und es finden in den nächsten Wochen zahlreiche Aktionen statt – im Rahmen der Covid-19-Massnahmen – um die 100 000 Unterschriften bis Ende Jahr zu erreichen.



SGB-Chefökonom Daniel Lampert erinnert in seinem Blog daran, dass es mit der AHV «für die meisten Leute im Land am meisten Rente für ihr Geld gibt. Weil der Arbeitgeber und der Bund mitbezahlen. Weil die Topverdienenden die Renten der Normalverdienenden mitfinanzieren.» Daniel Lampert stützt sich auf Zahlen aus der NZZ und zeigt sich darüber besorgt, dass die 2. Säule in der Krise ist; wegen den Negativzinsen und den teils

hohen Verwaltungskosten. «Vor 15 Jahren gab es für ein Alterskapital von einer halben Million Franken noch 36 000 Franken Pensionskassenrente. Heute sind es noch knapp 28 000 Franken. Ein Ende der Senkungen ist noch nicht in Sicht, erste Pensionskassen haben für 2022 bereits weitere beschlossen», erklärt Lampert. In den besseren Fällen werden die Beiträge erhöht, sodass wenigstens die Rente ungefähr gleich bleibt...

INITIATIVE für ein besseres Leben im Alter

→ Die AHV-Renten sind zu tief, die Pensionskassenrenten brechen ein, Mieten und Krankenkassenprämien steigen.

→ Der Rentenrückstand der Frauen lässt sich am besten bei der AHV verringern, weil nur sie deren unbezahlte Arbeit anerkennt.

→ In der Schweiz hat es genug Geld für anständige Renten – nicht nur für Top-Verdiener.

→ Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente.

Deshalb ist es Zeit für eine 13. AHV-Rente

JETZT UNTERSCHREIBEN!

→ Online unterschreiben:



sev Gewerkschaft des Verkehrspersonals
Syndicat du personnel des transports
Sindacato del personale dei trasporti



Eidgenössische Volksinitiative

Für ein besseres Leben im Alter

Initiative für eine 13. AHV-Rente

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68 ff. folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 112 (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung)

¹ Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente.

² Der Anspruch auf den jährlichen Zuschlag entsteht spätestens mit Beginn des zweiten Kalenderjahres, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.

³ Das Gesetz stellt sicher, dass der jährliche Zuschlag weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zum Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führt.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:		Postleitzahl:	politische Gemeinde:		
Nr.	Name / Vorname eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Geburtsdatum Tag, Monat, Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle leer lassen
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Das **Initiativkomitee**, bestehend aus nachfolgenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
 Allemann Gabriela, Friedheimstr. 3, 4600 Olten; Alleva Vania, Lerberstr. 30, 3013 Bern; Carobbio Guscelli Marina, Via Tamporiva 28, 6533 Lumino; Chervet Denise, Kapellenstr. 10, 3011 Bern; Dannecker Annette, Bahnhofstr. 26, 8702 Zollikon; De Filippo Davide, Avenue d'Aire 36, 1203 Genève; Docourt Martine, Chemin du Petit-Catéchisme 10, 2000 Neuchâtel; Ferran Aldo, Rue de Famenan 30, 1446 Baulmes; Grunder Roland, Ch. de l'Avenir 14, 1860 Aigle; Gysi Barbara, Markt-gasse 80, 9500 Wil; Heim Bea, Untere Kohlweidstr. 27, 4656 Starrkirch-Wil; Jansen Ronja, Tschoppenhauerweg 7, 4402 Frenkendorf; Jaquet-Berger Christiane, Avenue de Béthusy 60, 1012 Lausanne; Maillard Pierre-Yves, Rue du Lac 34, 1020 Renens; Meyer Mattea, Unterrütweg 3, 8400 Winterthur; Mordini Patrizia, Käfiggässchen 30, 3011 Bern; Münger Daniel, Baumgartenweg 27, 4142 Münchenstein; Nikolic-Fuss Sandrine, Bahnhofstr. 20, 9553 Bettwies; Porchet Léonore, Avenue Louis-Vuillemin 26, 1005 Lausanne; Prelicz-Huber Katharina, Hardturmstr. 366, 8005 Zürich; Rebsamen Heidi, Zähringerstr. 3, 6003 Luzern; Rohrbach Samuel, Route de Rochefort 15, 2824 Vicques; Rösel Dagmar, Allmendstr. 14, 4515 Oberdorf SO; Tuti Giorgio, Bündtenweg 33, 4513 Langendorf; Weichelt Manuela, Oberwiler Kirchweg 17, 6300 Zug; Ziltener Kathrin, Baumgartenweg 38, 8854 Siebnen; Zimmermann Rolf, Hopfenweg 48, 3007 Bern

Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt. Bitte leer lassen.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben. Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____ Datum: _____
 Eigenhändige Unterschrift: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel

Im Bundesblatt veröffentlicht am 3. März 2020. Ablauf der Sammelfrist: 3. September 2021.

Bitte die Liste vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurücksenden an: Initiative für eine 13. AHV-Rente, Postfach 6494, 2500 Biel/Bienne 6. Weitere Unterschriftenkarten unter www.AHVx13.ch, 031 377 01 01, info@sgeb.ch

LINK ZUM RECHT

Freiwilliger Verbleib in der Pensionskasse



Rechtsschutzteam SEV

Leider kommt das vor: Ältere Mitarbeitende werden einige Jahre vor ihrer ordentlichen Pensionierung gekündigt, und damit doppelt bestraft: Zum einen werden sie sich auf eine

schwierige langwierige – und nicht selten: erfolglose – Stellensuche einstellen müssen. Zum anderen treten sie aus der Pensionskasse aus, sofern diese den freiwilligen Verbleib nicht vorsieht. Der/die gekündigte Mitarbeitende muss ein Freizügigkeitskonto einrichten, auf das dann das gesamte Altersguthaben überwiesen

wird. Beim Freizügigkeitskonto handelt es sich um ein Sperrkonto. Wenn der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin nicht gerade auswandert oder das Geld für den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung braucht, hat er oder sie keinen Zugriff auf das Konto bis zum Erreichen des ordentlichen Rentenalters. Die niedrige Verzinsung

beim Freizügigkeitskonto muss er/sie hinnehmen.

Im Rahmen der Reform bezüglich der Ergänzungsleistungen gibt es nun eine Änderung: Mitarbeitende, die nach dem 31. Juli 2020 das 58. Altersjahr erreicht haben und gekündigt werden, können ab dem 1. Januar 2021 nun auch per Gesetz freiwillig in der Pensionskasse verbleiben, sofern sie das beantragen. Wann dieser Antrag zu stellen ist, sollte aus dem Reglement der jeweiligen Pensionskasse ersichtlich sein. Ansonsten liegt es an der Pensionskasse, betroffene Mitarbeitende über die Modalitäten in Bezug auf den Verbleib in der Pensionskasse fristgerecht zu informieren. Zu beachten ist, dass nur die Arbeitgeber-Kündigung diesen Anspruch auslöst. Ob und inwiefern eine Austrittsvereinbarung dem gleichzusetzen ist, sollte vorgängig bei der Pensionskasse abgeklärt werden.

Nachteilig ist, dass Versicherte nicht nur den Arbeitnehmerbeitrag, sondern auch den Arbeitgeberbeitrag zu zahlen haben. Das gilt auch für Sparbeiträge. Sofern die Pensionskasse zum Sanierungsfall wird, fallen auch Sanierungsbeiträge an. Letztere beschränken sich allerdings auf den Arbeitnehmer-Anteil. Dafür aber garantiert der Verbleib in der Pensions-

kasse weiterhin die Versicherung gegen Invalidität und Tod. Nebst den Beiträgen sind freiwillige Einkäufe ebenfalls möglich. Das gilt auch für Rückzahlungen in Sachen Wohneigentumsförderung. Der freiwillige Verbleib in der Pensionskasse betrifft nicht nur den obligatorischen Teil der Vorsorge gemäss BVG, sondern auch die weitergehende Vorsorge, wie sie im Reglement der Pensionskasse vorgesehen ist. Alle Beiträge und Einzahlungen an die Pensionskasse können von der Steuer abgezogen werden.

Versicherte, die freiwillig in der Pensionskasse verbleiben, haben dieselben Rechte wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund ihrer Anstellung bei der Pensionskasse versichert sind – dies im Hinblick auf den Zins, den Umwandlungssatz und allfällige Zuschüsse vom letzten Arbeitgeber oder Dritte.

Sobald eines der versicherten Risiken – Tod, Invalidität oder Alter – eintritt, hört die Versicherung auf, und die Pensionskasse entrichtet die entsprechende Rente gemäss ihrem Reglement. Selbstverständlich kann die freiwillige Vorsorge bei der Pensionskasse jederzeit von der versicherten Person gekündigt werden. Gleiches Recht gilt auch für die Pensionskasse, wenn Beiträge ausstehen.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG AS

Mit Schwung in die nächsten vier Jahre

Medienstelle AS
zeitung@sev-online.ch

Am 29. Oktober fand im Hotel Olten in Olten trotz der Covid-19-Pandemie die 13. Delegiertenversammlung des Unterverbandes AS statt, unter Einhaltung strikter Hygienemassnahmen und Abstandsregeln. Die anwesenden Delegierten behandelten in den rund zweieinhalb Stunden ausschliesslich die statutarischen Traktanden und führten die Wahlen für sämtliche Ämter des Unterverbands durch.

Trotz der aktuellen Coronapandemie entschied der Zentralvorstand (ZV) des Unterverbandes AS, eine Delegiertenversammlung durchzuführen, um wenigstens die statutarischen Geschäfte sowie insbesondere die Wahlen für die neue Amtsperiode 2021-2024 aus Gründen der Legitimität «live» über die Bühne bringen zu können. Es war ein freudiges Wiedersehen nach langer Zeit, wenn auch hinter einer Maske. Mit einer speziellen Bestuhlung des Sitzungssaals, welche die Abstände problemlos gewährleistete, mit strikten Hygiene- und organisatorischen Massnahmen – wie dem Servieren des Begrüssungskaffees am Platz – und schliesslich durch Tragen der Masken während der ganzen Sitzung wurden optimale Voraussetzungen geschaffen, um eine Ansteckung mit dem Coronavirus zu vermeiden. Rolf Feier, Präsident der DV, und Patrick Bellon, Vizepräsident der DV, durften denn auch 39 Delegierte vor Ort begrüssen.

Definitive Stabübergabe bei den Finanzen

Zum ersten Mal führte die neue Zentralkassiererin Viviane Mumenthaler durch die Jahresrechnung 2019 und stellte das Budget 2021 vor. Beides wurde einstimmig genehmigt. Die Delegierten hätten den abtretenden Zentralkassier Alois Bucher sehr gerne offiziell verabschiedet. Leider musste sich dieser unerwartet in Spitalpflege begeben. Die Delegierten wünschten ihm mit einer Karte baldige Genesung und alles Gute für die Zukunft. Sie dankten ihm mit einem grossen Applaus

für seine hervorragende und pflichtbewusste Arbeit während 16 Jahren. Alois hat dem Unterverband AS solide und nachhaltige Finanzen hinterlassen, wobei er dessen Vermögen bewusst bspw. auch Wohnbaugenossenschaften als Darlehen zur Verfügung stellte. Der neuen Zentralkassiererin Viviane Mumenthaler wünschten die Delegierten alles Gute und viel Freude in ihrem Amt.

Die statutarischen Geschäfte wurden zügig abgewickelt, wobei der sehr informative und mit vielen Fotos reich gestaltete Jahresbericht von Zentralpräsident Peter Kämppler viel Beachtung und Lob erntete. Er wurde einstimmig genehmigt, und Peter Kämppler durfte für seinen unermüdlichen Einsatz und sein grosses Engagement für den Unterverband AS einen verdienten Applaus entgegennehmen. Peter seinerseits dankte seinen Kolleg/innen im Zentralvorstand und in der GPK für die gute Zusammenarbeit.

Erfolgreiche Wahlen

Die Wahlen für die Amtsperiode 2021 bis 2024 warfen keine hohen Wellen, weil fast alle Ämter erfreulicherweise wieder besetzt werden konnten. Einzig das Ressort «Kommunikation» blieb vakant, weil Mirco Stebler wegen einer beruflichen Veränderung sein

Amt zur Verfügung stellte. Die Delegierten dankten Mirco für seine sehr wertvolle Arbeit für den Unterverband AS. Dank ihm hat der AS den Anschluss an die sozialen Medien nicht verpasst, weshalb sein Abgang umso schmerzlicher ist. Mirco Stebler unterstrich seine Bereitschaft, einen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin in dieses Amt einzuarbeiten, und erntete damit sehr viel Sympathie.

Lars Benninger wird die AS Jugend neu im Zentralvorstand vertreten und für den Unterverband AS auch in der Jugendkommission Einsitz nehmen. Die Delegierten freuten sich ganz besonders, diese wichtigen Ämter sofort wieder besetzen zu können. Die AS Jugend ist die Zukunft des Unterverbandes. Die Motivation von Lars Benninger, sich für gute Arbeitsbedingungen einzusetzen, weil diese ein wichtiger Bestandteil einer guten Lebensqualität sind, fand viel Beachtung und Respekt.

Antrag Flexa-Bezug

Innerhalb der Frist hatte Denise Engel einen Antrag eingereicht, der eine flexiblere und einfache Handhabung des Flexa-Bezugs bei Arbeitszeitreduktion von mindestens drei Monaten vorschlug. Denise Engel möchte mit ihrem Anliegen das System «Flexa» vereinfachen. Sie beantragte, dass der SEV bei der SBB interveniert – es soll ein Zeitkonto eingerichtet werden, das übersichtlich ist, eine einfachere Handhabung ermöglicht und auch vorwärtsgewandt rechnen kann. Die Delegierten beschlossen einstimmig, den Antrag zu unterstützen und dem SEV zur Weiterbearbeitung zu überweisen.

Um 11.45 Uhr konnte Rolf Feier diese denkwürdige 13. DV schliessen. Er wünschte allen Delegierten gute Gesundheit und gab seiner Hoffnung Ausdruck, in absehbarer Zeit wieder «normale» Sitzungen abhalten zu dürfen. Mit einem Lunchpaket, welches ein gemeinsames Mittagessen ersetzte, traten die Delegierten die Heimreise an.



LESER/INNENBRIEF

Mensch, Umwelt und Covid-19 = Ratlosigkeit



Beat Jurt, Worblaufen

Wir stehen vermutlich nicht nur in der Covid-19-Pandemie, sondern wohl auch im Demokratieverständnis und im Sozialen, wie in der gesamten Umwelt- und Wirtschaftspolitik vor einer noch gravierenderen zweiten Welle. Es scheint uns allen nicht klar zu sein, wie Umweltpolitik und unser Verhalten in einem direkten Zusammenhang mit Krankheiten und Pandemien stehen können. Dass dies auch die Politik, wie ein grosser Teil der Wissenschaft, immer noch nicht verstehen will (kann), hängt eben auch mit den diversen (finanziellen) Abhängigkeiten etlicher politischer und wissenschaftlicher Institutionen zusammen. Gerade die jetzt kurz vor der Abstimmung stehende Konzernverantwortungsinitiative (KOI) lässt gewisse Köpfe übermässig rot werden. Warum? Sei es die KOI oder die Trinkwasser-, Pestizid- oder Gletscherinitiative, alle tragen dazu bei, die Grundlage für unser aller Leben zu erhalten.

Seien wir uns bewusst, dass die Maske vor unseren Gesichtern uns vor Ansteckungen schützen mag. Sie sollte uns aber nicht daran hindern, weiter zu denken und den Mund zu gebrauchen, wenn wir anderer Meinung sind. Die KOI schützt nicht nur die Umwelt, nein. Sie hilft einfach, etwas Selbstverständliches zu erhalten. Einfach nur, Anstand und Ehrlichkeit gegenüber dem, was man produziert, auch zu leben. Mache ich als Unternehmen einen Schaden an der Umwelt oder an den betroffenen Menschen, dann muss ich bereit sein, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Und zwar im hier wie im dort! Die Umkehr der Beweislast ist eben nichts als gerecht. Oder wie soll eine Familie in Peru, deren finanzielle Mittel kaum reichen um zu überleben, gegen einen Konzern bestehen können? Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Wenn uns dieser weltweite Ausbruch der Coronapandemie nicht die Augen öffnet, dann wird es sehr schwierig. Ein Zeichen setzen wir darum am 29.11.2020 mit einem starken JA zur KOI!

LPV NORDOSTSCHWEIZ

Der Lokführerberuf muss wieder attraktiver werden



Präsident Urs Seiler mit den Jubilaren Xaver Stenz, Hanspeter Arnold und Ruedi Widmer.

Maja Fischer Die Generalversammlung vom Frühling fand im Herbst statt, aus bekannten Gründen. Es tat gut, sich wieder einmal zu treffen und auszutauschen. 22 Kollegen und eine Kollegin behandelten die statutarischen Geschäfte. Vorstandsmitglieder wurden neu gewählt (Jens Merten, Cristiano Cioni und Stefan Erb) und mit grossem Dank entlassen (Jürg Meyer, Daniel Jörimann). Präsident Urs Seiler wurde mit grossem Applaus wiedergewählt. Er tritt sein letztes Amtsjahr an, nächstes Jahr gibt er das Präsidium ab. Erfreulicherweise hat der LPV Nordostschweiz keine Probleme mit dem Besetzen des Vorstands: Für das frei werdende Präsidium hat bereits ein Kollege Interesse gezeigt.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft im SEV wurden Xaver Stenz und Hanspeter Arnold geehrt, für 25 Jahre SEV-Mitgliedschaft Ruedi Widmer (siehe Foto).

SEV-Gewerkschaftssekretär Markus Cadusch berichtete Interessantes über die Liberalisierung im Bahnverkehr – für die Kollegen der Ostschweiz ein aktuelles Thema mit der Kooperation mit der SOB. Wenn es der Wettbewerb richten soll, geht das immer auf Kosten des Personals. Dagegen setzt sich die Gewerkschaft zur Wehr. Der viel gepriesene Wettbewerb sollte nun eigentlich zum Vorteil des Lokpersonals sein, es fehlt ja an allen Enden an fahrendem Personal. Aber stattdessen werden doppelte Chefposten (SBB und SOB) aufgebaut, und um eine Erhöhung der Arbeitsvorbereitungszeit drückt sich die SBB seit Monaten. Trotz Corona und finanziell angespannter Lage darf sich die Situation des Lokpersonals keinesfalls verschlechtern. Der Beruf muss endlich wieder attraktiver werden: besserer Lohn, mehr Abwechslung, genügend Vorbereitungszeit.



Ihre Perspektive

Die Appenzeller Bahnen befördern jedes Jahr rund 5.2 Millionen Menschen. Damit gehören wir zu den grössten Transportunternehmen der Region. Bewegen Sie mit uns Pendlerinnen und Pendler sowie Gäste aus nah und fern mit modernster Mobilität. 200 motivierte Kolleginnen und Kollegen freuen sich auf Sie.

An unserem Standort in St.Gallen suchen wir per 1. Dezember 2020 oder nach Vereinbarung eine/n

Zugverkehrsleiter/in (100%)

Ihre Aufgaben

- Überwachung und Koordination des Bahnbetriebs und Zugverkehrs auf dem Netz der Appenzeller Bahnen und der Frauenfeld-Wil-Bahn
- Verantwortlich für einen reibungslosen und pünktlichen Betriebsablauf
- Gewährleistung einer sicheren Beförderung der Kunden mit Unterstützung modernster Technik
- Bewältigung komplexer Störungen und Planungsarbeiten durch eine vorausschauende Dispositionsfähigkeit sowie Planung von kurz- und mittelfristigen Anordnungen
- Übernahme von anspruchsvollen Ressortarbeiten
- Gewährleistung einer professionellen Kundeninformation

Ihr Profil

- Abgeschlossene kaufmännische Grundausbildung
- Berufserfahrung im Bereich Disposition
- Bereitschaft, die interne Ausbildung zum/zur Zugverkehrsleiter/in zu absolvieren
- Zuverlässige, initiative sowie flexible Fachkraft mit gesundem Durchsetzungsvermögen und mit einer hohen Belastbarkeit
- Gute EDV-Kenntnisse
- Bereitschaft zu unregelmässigem Schichtdienst

Diese verantwortungsvolle, interessante und abwechslungsreiche Stelle üben Sie in einem kollegialen Team aus, das auf Respekt und Vertrauen baut.

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit Foto. Senden Sie Ihre vollständigen Unterlagen an bewerbung@appenzellerbahnen.ch. Bei Fragen hilft Ihnen Daniel Mattle, Teamleiter Betriebszentrale, gerne weiter: Tel. 079 836 75 20.

UNTERVERBAND PV

Noch physisches Treffen mit den Sektionspräsidenten Ost und Giorgio Tuti

Alex Bringolf PV-Zentralpräsident Roland Schwager konnte am 21. Oktober in Wil SG den PV-Zentralvorstand (ZV), SEV-Präsident Giorgio Tuti und die Sektionspräsidenten PV Ost zu einem Austausch willkommen heissen.

Die Unterschriftensammlung zur Initiative «AHVx13» läuft beim SEV erfolgreich. «Die SEV-Quote von 10 000 Unterschriften ist praktisch beisammen», gab der SEV-Präsident erfreut bekannt. Weiter konnte Giorgio Tuti in seinem Referat die Anwesenden überzeugen, dass eine Weiterführung der Unterschriftensammlung auch im Umfeld mit Corona nützlicher ist als ein Rückzug der Initiative (Sistierung ist nicht möglich). Unterschriftenbögen können/sollen auf der SEV-Webseite heruntergeladen werden. Giorgio Tuti wies auch auf die laufende AHV-Revision hin. Die Initiative sei nebst weiteren Argumenten ein Druckmittel gegen zu erwartende Verschlechterungen, und bis zur Abstimmung vergehen sicher noch drei bis vier Jahre. Damit war die Diskussion im ZV abgeschlossen.

Viele Sektionen haben ihre Aktivitäten wegen des Coronavirus reduziert bzw. abgesagt, die Gesundheit der Mitglieder geht vor. Auch der ZV prüft, ob und wie die nächsten Sitzungen und Versammlungen durchgeführt werden können. Von Zentralkassier Egon Minikus erhielten die Präsidenten als Dank für ihre grosse Arbeit ein Präsent aus seiner Heimat, vielen Dank.

In den nächsten Jahren werden viele Kolleginnen und Kollegen in Pension gehen, zahlreiche von ihnen auch vorzeitig. Eigentlich würden sie dann nach Reglement SEV zum PV mutiert. Einige Pensionierte wollen aber noch in ihrer Aktiven-Sektion Mitglied bleiben, um an Versammlungen teilzunehmen und ihre noch arbeitenden Kolleg/innen zu treffen. Auch haben einige Aktiven-Sektionen Interesse daran, ihre pensionierten Mitglieder noch zu behalten. Hier erwartet der PV Unterstützung von der GL SEV für eine baldige Lösung im Interesse aller Beteiligten und die Einhaltung der Reglemente.

An der Delegiertenversammlung des PV Ende September wurde einmal mehr klar, dass das Thema GA FVP zentral ist und ein weiterer Abbau für unsere Mitglieder nicht akzeptabel ist. Wir Pensionierten werden uns zu wehren wissen und Druck machen.

Wiederum sind Fakemails im Umlauf, die mit falschen E-Mailadressen Kassiere auffordern, Zahlungen im Namen von Funktionären zu tätigen. Bitte sichert euch ab und fragt bei Unsicherheiten und nicht erwarteten Aufträgen direkt beim Absender nach. So lassen sich Falschzahlungen verhindern.

Roland Schwager wünschte allen gute Gesundheit und schloss eine erfolgreiche, noch physische Sitzung. Er hofft, dass die Ansteckungszahlen bald sinken werden.

LPV BLS

HV mit reger Diskussions- und Fragerunde

René Knöpfel Eine grosse Anzahl Mitglieder besuchten unter Einhaltung der Coronaschutzmassnahmen die Hauptversammlung (HV) des LPV BLS. Eine Maskenpflicht im Saal verordnete sich die Versammlung selber.

Als Gäste konnte Präsident René Knöpfel SEV-Vizepräsident Christian Fankhauser, die beiden SEV-Gewerkschaftssekretäre Michael Buletti und Stefan Marti, LPV-Zentralpräsidentin Hanny Weissmüller sowie Roger Bhend, Leiter Lok-/Zugpersonal BLS begrüssen.

Christian Fankhauser und Hanny Weissmüller stellten sich persönlich sowie ihre Schwerpunkte in ihren Ämtern vor. Michael Buletti referierte über die schwierigen Lohnverhandlungen 2020 mit der BLS und die Neuerungen innerhalb der Personalvereinbarung VPT/LPV BLS mit der Fusion der ver-

schiedenen Gremien zum neuen Zentralvorstand BLS. Er erläuterte auch die Massnahmen zur Abfederung der Senkung des technischen Zinses und der Umwandlungssätze der Pensionskasse.

Marc Ulrich konnte als Kassenwart des LPV BLS einen erfolgreichen Abschluss 2019 vermelden. Das Budget wurde bei weitem nicht verwendet. Neun Mitglieder konnten für 40 und 25 Jahre Mitgliedschaft im SEV geehrt werden. Zehn Mitglieder wurden in den neuen Zentralvorstand BLS gewählt.

Roger Bhend referierte über die Instruktionen ETCS L1, Flyrt4, Entwicklung Lokpersonal und BLS-Strategie 23. Die Diskussions- und Fragerunde wurde sehr rege benutzt.

Zum Abschluss der HV lud der Vorstand zu einem Apéro.



Sektionen

7.11.
Bau Zürich
ABSAGE

Absage Generalversammlung 2020
Die GV in Schwerzenbach ist wegen Covid-19 abgesagt.

11.11.
VPT MOB
ABSAGE

Ausfall Herbstversammlung Nach den Ankündigungen des Bundesrats hat der Vorstand beschlossen, die Herbstversammlung zum Wohle der Gesundheit aller abzusagen. Weitere Informationen erhaltet ihr von euren jeweiligen Vertretern. Der Vorstand wünscht euch ein glückliches Ende des Jahres und vor allem gute Gesundheit für euch und eure Lieben!

14.11.
RPV Zentralschweiz
und RPV Aargau
ABSAGE

Ausfall ausserordentliche Hauptversammlung Die HV findet nicht statt. Die diesjährigen Sektionsgeschäfte werden brieflich behandelt. Diese Unterlagen werden per Post an die Mitglieder der Sektion RPV Zentralschweiz und RPV Aargau versandt.

1.12.
VPT BLS,
Pensionierengruppe
ABSAGE

Ausfall/Absage der HV/Weihnachts-

versammlung Infolge der verschärften Massnahmen wegen Covid-19 haben wir uns entschlossen, die HV/Weihnachtsversammlung in Langnau ausfallen zu lassen. Wir hoffen, dass wir die HV im Frühjahr 2021 durchführen können. Der Vorstand wünscht allen Mitgliedern und ihren Familien während dieser ausserordentlichen Zeit stets gute Gesundheit. Der SEV-Kalender für 2021 kann ab sofort bestellt werden bei Peter Sägger, 034 422 79 15 oder saegi-peter@bluewin.ch.

27.11.
VPT Rhätische Bahn
ABSAGE

Ausfall Herbstversammlung Die Herbstversammlung in Thusis findet wegen Covid-19 nicht statt.

Pensionierte

5.11.
Pensioniertes
Rangierpersonal Basel

Höck Achtung! Neu wieder im Restaurant Bundesbahn in Basel. Wir treffen uns jeden ersten Donnerstag im Monat. Kollegen anderer Abteilungen sind auch herzlich willkommen. Ab 14 Uhr, Rest. Bundesbahn, Basel

10.11.
PV Buchs-Chur
ABSAGE

Absage der Herbstversammlung Aufgrund der aktuellen Lage rund um das Coronavirus findet die Herbstversammlung in Sargans nicht statt. Die SEV-Agenden 2021 werden per Post

oder persönlich verteilt. Die Traktanden der Herbstversammlung werden durch die GPK geprüft und verabschiedet. Bericht in der SEV-Zeitung Nummer 18 vom 13. Dezember und auf unserer Webseite. Der Vorstand wünscht allen Mitgliedern gute Gesundheit und eine gute Zeit.

12.11.
PV Luzern
ABSAGE

Absage Schlusswanderung ohne Diaschau Die Wanderung wird wegen der aktuellen Situation nicht durchgeführt. Der Vorstand
sev-pv.ch/de/sektionen/luzern

18.11.
PV Fribourg
ABSAGE

Ausfall Herbstversammlung Mit Bauern hat sich der Vorstand wegen der aktuellen Situation betreffend Covid-19 dazu entschlossen, die Herbstversammlung abzusagen. Die SEV-Agenden 2021 sowie die Diplome und Abzeichen für die Jubilar/innen werden per Post zugestellt. Wir werden euch in der SEV-Zeitung über Aktuelles aus unserer Sektion informieren. In der Zwischenzeit wünscht der Vorstand allen Mitgliedern gute Gesundheit, passt gut auf euch auf!

2.12.
PV Thurgau
ABSAGE

Absage Adventsfeier Leider müssen wir auch die Adventsfeier in diesem Jahr absagen. Die Corona-Pandemie ist in die zweite Welle gerutscht und die Schutzmassnahmen sind verschärft worden. Der Vorstand hat sich deshalb entschlossen, die Adventsfeier abzusagen. Wir hätten euch gerne auch dieses Jahr einmal begrüsst, aber es geht nicht, denn die Gesundheit hat Vorrang. Der Vorstand wünscht euch, liebe Mitglieder, ein gutes neues Jahr und hofft auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

Agenda 16/20



UNSERE VERSTORBENEN

Babey Liliane; JG 1930; Witwe des Denis, Porrentruy. PV Jura.

Baumann Max; JG 1923; Lokomotivführer, Olten. PV Olten und Umgebung.

Büchler Paula; JG 1935; Witwe des Alois, Abtwil SG. PV St. Gallen.

Dudli Ruth; JG 1925; Witwe des Alwin, Oberriet SG. PV St. Gallen.

Eggen Louis; JG 1928; Fahrdienstleiter, Bern. PV Bern.

Erard Rosa; JG 1923; Witwe des Georges, Chaumont. VPT Du Jura.

Felder Paul; JG 1942; Zugführer, Goldau. PV Luzern.

Hanselmann Rudolf; JG 1930; Magazinchef, Zürich. PV Zürich.

Jeckelmann Otto; JG 1934; Zugführer, Düringen. PV Fribourg.

Judas Hugo; JG 1934; Verwaltungsbeamter, Münchenstein. PV Basel.

Kälin Josef; JG 1927; Stationsvorstand, Walenstadt. PV Buchs-Chur.

Käppeli Roman; JG 1925; Rangiermeister, Zürich. PV Zürich.

Kavran Walburga; JG 1927; Witwe des Hermann, Dietikon. PV Zürich.

Kleiner Colette; JG 1925; Witwe des Karl, Lyss. PV Biel.

Kuonen Raimond; JG 1929; Bürochef Betrieb, Ried-Brig. PV Bern.

Langenegger Lea; JG 1928; Witwe des Fritz, Toffen. VPT BLS.

Leuthold Kristin; JG 1966; Stewardess, Zollikerberg. VPT Bahndienstleistungen.

Locher Adelheid; JG 1928; Witwe des Hanspeter, Erstfeld. PV Uri.

Meier Anita; JG 1925; Aarburg. PV Olten und Umgebung.

Menzi Jakob; JG 1932; Lokomotivführer, Erstfeld. PV Uri.

Mösch Walter; JG 1936; Schienentraktorführer, Frick. PV Aargau.

Reithofer Maria; JG 1931; Barrierenwarterin, Steckborn. PV Thurgau.

Renggli Louisa; JG 1934; Witwe des Josef, Horw. PV Luzern.

Rickenbacher Johann; JG 1930; Spezialmonteur, Goldau. PV Luzern.

Röthlisberger Ursula; JG 1944; Witwe des Heinz, Olten. PV Olten und Umgebung.

Schärer Marie; JG 1918; Witwe des Paul, Murgenthal, PV Olten und Umgebung.

Schütz Guido; JG 1968; Verkehrswegbauer, Häusermoos im Emmental. VPT BLS.

Siegrist Verena; JG 1931; Witwe des Wilfried, Erstfeld. PV Uri.

Stalder Beatrice; JG 1926; Witwe des Max, Muttentz. PV Basel.

Uebelhart Manfred; JG 1942; pensionierter Dienststellenleiter, Langnau im Emmental. VPT BLS.

Vassalli Gertrud; JG 1926; Witwe des Pio, Bern. PV Bern.

Zimmermann Maya; JG 1934; Witwe des Alex, Jona. PV Glarus-Rapperswil.

ZPV ZÜRICH-SCHAFFHAUSEN

Angespannte Lage im Nah- und Fernverkehr

Hansjörg Wäfler Präsident Reto Brüllhardt begrüsst die Teilnehmenden am 25. September zu seiner letzten Generalversammlung (GV) im Pfarreisaal St. Josef Zürich. Die spezielle GV in der Coronakrise. Gäste waren Markus Cadosch, Gewerkschaftssekretär SEV und Zentralpräsident Andreas Menet, der das ZP-Amt kurz danach an Ralph Kessler abgab.

Die aktuelle Lage im Nah- und Fernverkehr ist in Zürich sehr angespannt. Viele Züge werden auf ZK (Einzelbegleitung) umgestellt. Ebenso betrifft dies das FQ-Perso-

nal, was eigentlich keinen Sinn ergibt. Im Vorstand gibt es grosse Veränderungen: Michelle wird ihr Amt als Depotvertreterin SH an Andrea Rüedi weitergeben. Zudem wurde die Versammlung informiert, dass Präsident Reto Brüllhardt und Vizepräsident Roger Gander die Eisenbahn aus beruflichen Gründen verlassen müssen. Trotz mehrmaligen Aufrufen hat sich für die offenen Ämter noch niemand gemeldet. Den ausführlichen Bericht könnt ihr auf der Webseite unserer Sektion einsehen: www.zpv-zuerich.ch.

PV BASEL

Neues Vorstandsmitglied



Die neue Sekretärin Susi Kunz.

Rolf Deller Dem Vorstand war es ein grosses Anliegen, das Geschäftsjahr 2019 ordnungsgemäss abschliessen zu können. Trotz «schwieriger Zeit» hatten sich einige Mitglieder der Sektion Basel für die Herbstversammlung angemeldet. So konnte Präsident Walter Merz die Versammlung unter Beachtung der Covid-19-Massnahmen eröffnen. Den verstorbenen Mitgliedern wurde ehrend gedacht. Sepp Bühler amtierte für die Wahlen als Tagespräsident. Dabei wurden die vom Vorstand am 18. März 2020 getätigten Wahlen bestätigt. Die Wahlen für die Amtsdauer 2021 bis 2024 ergaben folgende Änderungen im Vorstand: Walter Merz, Präsident, Rolf Deller, Vizepräsident und neu als Sekretärin Susi Kunz. Die Kollegin wurde mit einem Blumenstraus und warmem Applaus im Vorstand und der Sektion empfangen. Als neues GPK-Mitglied wurde Christoph Dettwyler gewählt. Die Jahresrechnung 2019 wurde durch den Kassier, Willy Oppliger präsentiert. Da kei-

ne Fragen gestellt wurden, wurde dem Antrag der GPK, die Rechnung zu genehmigen, durch die Versammlung stattgegeben. Der Jahresbericht des zurückgetretenen Präsidenten Rolf Deller fand interessierte Zuhörer. Am 31. Dezember 2019 belief sich der Mitgliederbestand auf 852 Personen.

Aktuelle Information betreffend SEV durch den Präsidenten: Rückerstattung GA FVP und AHV-Initiative. Das überarbeitete Geschäftsreglement der Sektion wurde durch die GPK gelesen, vom Zentralvorstand PV geprüft und als abstimmungsfähig vorgestellt und bestätigt. Ehrungen: Rolf Deller als Präsident seit 2011, Ernst Speiser als Sekretär seit 2013, Alfred Lüthi «Glöggli» für seine 13 Jahre als Organisator der Fahrt ins Blaue sowie Christian Flury für acht Jahre GPK-Mitgliedschaft erhielten vom neuen Präsidenten je ein Präsent.

«Bleibt gesund und kommt gut nach Hause»: mit diesem Wunsch des Präsidenten endete die denkwürdige Herbstversammlung.

IMPRESSUM

SEV – Die Zeitung der Gewerkschaft des Verkehrspersonals erscheint alle zwei bzw. drei Wochen.
ISSN 2624-7801

Auflage: 23 922 deutsche Exemplare (Gesamtauflage d/f/i: 36 256 Ex.).

WEMF-beglaubigt am 6. Oktober 2020

Herausgeber: SEV, www.sev-online.ch

Redaktion: Vivian Bologna (Chefredaktor), Chantal Fischer, Markus Fischer, Françoise Gehring, Elisa Lanthaler, Anita Merz, Patrizia Pellandini Minotti, Yves Sancey, Tiemo Wydyler

Redaktionsadresse: SEV-Zeitung, Steinerstrasse 35, Postfach, 3000 Bern 6; zeitung@sev-online.ch; Telefon 031 357 57 57

Abonnemente und Adressänderungen: SEV, Mitgliederdienste, Steinerstrasse 35, Postfach, 3000 Bern 6;

info@sev-online.ch, Telefon 031 357 57 57. Das Jahresabonnement kostet für Nichtmitglieder CHF 40.–.

Inserate: Fachmedien, Zürichsee Werbe AG, Laubisrüti 44, 8712 Stäfa; Telefon 044 928 56 11, SEVzeitung@fachmedien.ch, www.fachmedien.ch

Produktion: AZ Verlagsservice AG, Aarau; www.chmedia.ch

Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau, www.mittellandzeitungsdruck.ch

Die nächste Ausgabe der SEV-Zeitung erscheint am 19. November 2020.

Redaktionsschluss für den Sektions- teil: 12. November 2020, 8 Uhr.

Inserateschluss: 9. November 2020, 12 Uhr.

LÜCKENHAFTE GESETZE

An dubiosen Gold die Finger verbrannt



**Federico Franchini / Übersetzung:
Jörg Matter
Textübernahme mit freundlicher
Genehmigung des Magazins «Area»**

Eine Schweizer Giesserei wurde gebüsst, weil sie afrikanische Goldbarren über einen undurchsichtigen Vermittler mit Sitz in Zug gekauft hatte. Dieser steht zur Zeit im Visier der Staatsanwaltschaft. Swissaid fordert: «Das Gesetz muss geändert werden».

Im Jahr 2019 wurde eine kleine Giesserei in Riva San Vitale von der eidgenössischen Zollverwaltung mit einer Geldstrafe belegt, weil sie falsch markiertes afrikanisches Gold importiert hatte. Das Edelmetall wurde im Handgepäck eingeführt und über eine Zuger Firma geliefert, die einem Kriminellen gehört, der in der Edelmetallbranche für seine undurchsichtigen Praktiken bekannt ist. Der Lieferant wurde bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Tessin angezeigt. Dieser Fall zeigt einmal mehr die Risiken der schillernden Schweizer Goldbranche auf – auch punkto Reputationschäden.

«Area» hat mit Marc Ummel von der Swissaid über die Gesetzeslücken in der Schweiz und die Aussichten gesprochen, diese mithilfe der Konzernverantwortungsinitiative zu schliessen. Er ist Autor eines aktuellen Berichts, der in diesem Sommer viel von sich reden machte. Darin untersucht Ummel die Lieferkette der grössten Raffinerie der Welt, der Valcambi di Balerna.

Marc Ummel, lassen Sie uns mit der Affäre der Giesserei in Riva San Vitale beginnen: Gold im Handgepäck auf kommerziellen Flügen. Was halten Sie davon?

Es ist nicht das erste Mal, dass ich eine solche Geschichte höre, aber sie ist ziemlich beunruhigend. Gold, das im Handgepäck transportiert wird, birgt das Risiko, dass es illegalen oder unbekanntem Ursprungs ist. Man meint immer, dass dies vielleicht in Dubai geschieht, aber doch nicht in der Schweiz. Das Beispiel zeigt, dass dies doch der Fall ist, und verdeutlicht die Lücken der Schweizer Kontrollen und Gesetzgebung. Der Fall wurde aufgedeckt, weil es ein Problem mit der Zollerklärung gab. Ohne diesen trivialen Fehler wäre also alles glatt gegangen.

Die Beteiligung eines dubiosen Vermittlers ist ein weiterer problematischer Aspekt. Ist die Gesetzgebung auch in dieser Hinsicht mangelhaft?

Das ist sicher so. Viele Schweizer Raffinerien arbeiten mit Zwischenhändlern und verlassen sich darauf, dass diese ihre Sorgfaltspflichten wahrnehmen. Sie kontrollieren nicht die gesamte Lieferkette selbst. Wenn Gold eines bestimmten Landes zuerst in einem Transitland verarbeitet wird, sind die Schweizer Raffinerien nur verpflichtet, dieses Transitland beim Zoll anzumelden. Transitländer selbst sind meist keine Goldproduzenten. Denken Sie nur etwa an Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Curaçao. Das eigentliche Problem besteht darin, dass zwar die internationalen Richtlinien von

den Raffinerien verlangen, die wahre Herkunft ihres Goldes zu kennen, ohne dass sie diese aber in der Schweiz deklarieren müssen. Die genaue Herkunft bleibt daher unbekannt.

Was müsste im Gesetz geändert werden?

Die Raffinerien müssten die gesamte Lieferkette kontrollieren. Heute basiert das Gesetz auf der Legalität der Waren, d. h. wenn ihr direkter Lieferant legal ist, ist alles in Ordnung. Selbst wenn dieser Lieferant Gold aus einem Land bezieht, das sich in einem Krieg befindet, der damit finanziert wird, ist das kein Problem. Dies macht es zu einfach, die Schweizer Gesetzgebung zu umgehen. Wir brauchen daher ein strengeres Gesetz, das nicht nur die Legalität des Goldes einbezieht, sondern auch die Menschenrechte und die Art und Weise, wie das Gold gewonnen wird.

Gerade das Gold aus Dubai ist der zentrale Punkt Ihres Berichtes. Die Tätigkeit von Valcambi wird hinterfragt. Warum?

Die aus Dubai in die Schweiz importierten Goldmengen sind enorm. Es ist beunruhigend, dass einige Raffinerien angeben, kein Gold aus den Emiraten zu beziehen, weil es zu riskant und unmöglich sei, dessen genauen Ursprung zu kennen; andere hingegen behaupten, da gebe es kein Problem. Eines der Unternehmen, das Valcambi aus Dubai beliefert, Kaloti, ist ein zwielichtiger Lieferant. Er hat sein Zertifikat in den Emiraten verloren und wird teilweise mit Gold aus dem Konflikt im Sudan beliefert. Die Tatsache, dass eine Raffinerie grosse Mengen von ei-

nem solchen Unternehmen bezieht, ist daher sehr beunruhigend.

Nach Ihrem Bericht hat die Branche Druck auf Valcambi ausgeübt, um die Einfuhr solchen Goldes zu stoppen. Welchen Eindruck haben Sie von dieser starken Haltung?

Es hat uns überrascht. Wenn selbst diese Branche reagiert, die normalerweise nicht sehr kommunikativ ist, besteht wohl durchaus ein Bewusstsein für den Ernst der Lage. Aber man sollte nicht jedes Mal warten müssen, bis eine NGO ein problematisches Geschäftsgebaren aufzeigt, um die Raffinerien zu einer Praxisänderung zu bewegen. Wir müssen der Branche verdeutlichen, dass wir ein klares Gesetz brauchen, um für alle die gleichen Regeln durchzusetzen. Sogar die Finanzkontrolle des Bundes sagt, dass die Selbstregulierung nicht mehr genügt.

Die Konzernverantwortungsinitiative stösst in eine ähnliche Richtung. Welche Verbesserungen wird sie bringen?

Die wichtigste Auswirkung wird sie auf die Kontrolle der Lieferketten haben. Man kann nicht mehr einfach sagen, dass Dubai-Gold legal sei, sondern muss bis zu dessen Ursprung lückenlos aufzeigen, dass es nicht problematisch ist. Generell wird sich daher für die Goldbranche etwas ändern. Auch wenn die Initiative schlussendlich nicht mehr verlangt, als was die Raffinerien nach eigenen Angaben bereits freiwillig tun (siehe dazu auch das Interview mit Dick Marty auf Seite 2, Anm. d. Red.).



DAS DACH DER WELT

Carim Jost

Sich selbst finden, dem Alltag entfliehen – das ist es, was ich an diesen Orten suche ... An nichts anderes denken können, als an den gegenwärtigen Moment. Diese Momente, diese Emotionen durch meine Fotos zu teilen, den Wunsch zu wecken, hinauszugehen

und die Schönheit der Natur zu genießen, das ist einer der Aspekte meiner Arbeit, der mich in Schwingung versetzt. Das zu erhalten und zu schützen, was wir haben, erfordert oft weniger Aufwand, als wir denken. Die Freiburger Alpen auf diesem Foto sind der

perfekte Ort, um die Natur zu bewundern, die in ihrem eigenen Tempo lebt. Achte auf die kleinen Dinge im Leben, die eine andere Bedeutung bekommen können, wenn du dir erlaubst, sie zu bewundern.

Mehr dazu auf Instagram: @carim_jost

?

QUIZ

Hast du
aufmerksam
gelesen?

1. Wie hoch sind die geschätzten Einnahmeverluste der Schweizer Verkehrsbetriebe im Jahr 2020?

- a. 500 Millionen Franken
- b. 1,5 Milliarden Franken
- c. 1 symbolischer Franken

2. Die «Konzernverantwortungsinitiative», über die wir am 29. November abstimmen werden, stellt eine elementare Forderung. Welche?

- a. Dass multinationale Unternehmen keine Steuern mehr bezahlen müssen.
- b. Nichts. Kapital braucht Schatten und Diskretion, um zu gedeihen.
- c. Dass multinationale Unternehmen für ihre Handlungen und die ihrer Tochtergesellschaften zur Rechenschaft gezogen werden können.

3. Wie viele der benötigten 100'000 Unterschriften für die Initiative für eine 13. AHV-Rente sind bereits gesammelt worden?

- a. 10'000
- b. 56'000
- c. 99'300

4. Welchen Beruf hat Carmelo Scuderi nicht ausgeübt?

- a. Polizist
- b. Buschauffeur
- c. Elektroniker

So nimmst du teil: Sende uns die Lösung, deinen Namen und deine Adresse bis
Mittwoch, 11. November 2020.

Per E-Mail: mystere@sev-online.ch

Im Internet: www.sev-online.ch/quiz

Per Postkarte: SEV, Quiz, Postfach, 3000 Bern 6

Unter den Teilnehmenden mit den richtigen Antworten verlosen wir **Büchergutscheine im Wert von 40 Franken**. Wer gewonnen hat und die richtige Lösung publizieren wir in der Ausgabe Nr. 17. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt.

Lösung des Quiz aus Nr. 15/2020:

b/a/b/c

Die Reka-Checks im Wert von 40 Franken gewonnen hat:

Alfred Egger, Bonstetten.

Mitglied PV Zürich.

AUF DEN SPUREN VON ...

Carmelo Scuderi, Verfahrenstechniker



Carmelo Scuderi vor einem Bus der TL in Lausanne Saint-François.

Yves Sancey / Übersetzung: Peter Moor
yves.sancey@sev-online.ch

Eher durch Zufall hat Carmelo Scuderi in verschiedenen Berufen bei den Verkehrsbetrieben Lausanne (TL) gearbeitet. Sein Gewerkschaftssinn, seine gewerkschaftliche Ausdauer und seine Bescheidenheit sind die Gründe, dass er Präsident der Sektion SEV-TL geworden ist.

Mehrfach hätte das Leben von Carmelo Scuderi eine andere Richtung nehmen können, sowohl in geografischer als auch beruflicher Hinsicht. In einer Parallelwelt wäre er jetzt Polizist in Italien, weg von der Welt des Verkehrs. Carmelo wurde 1962 in Catania in Sizilien geboren. Seine Eltern fanden für die Expo64 Arbeit in der Schweiz. Bevor er selbst in die Schweiz kam, wurde er einige Zeit von den Grosseltern aufgezogen.

Er ist eines von hunderten von «Schrankkindern», die im Versteckten leben müssen, weil die Schweiz den Saisoniers verbietet, die Kinder mitzunehmen. Immerhin kann er zur Schule gehen und Französisch lernen. Sein Vater entscheidet jedoch, nach Italien zurückzukehren. «Mit 6 Jahren bin ich mit einem sehr bescheidenen Italienisch nach Italien gekommen. Ich musste mich neu anpassen. Da mein Vater keine Arbeit mehr fand, kehrte er in die Schweiz zurück. Der Rest der Familie blieb in Italien, mit meinem inzwischen geborenen kleinen Bruder; eine Schwester kam noch hinzu.» Dann wurde entschieden, dass alle zusammenleben sollen – in der Schweiz. Wieder ein Umzug. «Mit 11 Jahren musste ich wieder Französisch lernen. Ich hatte alles vergessen!»

Als es um die Berufswahl geht, beginnt Carmelo eine Lehre als Elektronikmechaniker. Eine Rolle spielt dabei, dass zwei Cousins schon die Elektronik gewählt hatten. Aber das ist eine Verlegenheitslösung, denn seit seiner Kindheit hat er davon geträumt, in Italien Polizist zu werden. Sein Vater hat es ihm ausgedreht. Es sind die bleiernen Jahre der blutigen Anschläge. Er hat Mühe, einen Arbeitgeber zu finden, um die Lehre abzuschliessen. Er bewirbt sich bei den TL, die allerdings nicht Elektroniker suchen, sondern Fahrer. «Mein Vater war Lastwagenfahrer, ich bin am Samstag jeweils mitgefahren», erinnert sich Carmelo. «Ich habe die Stelle angenommen und bin in die Gewerkschaft eingetreten. Aber letztlich hatte ich ohne Abschlusszeugnis keine Möglichkeit, bei den TL weiterzukommen. Ich hätte häufiger am Wochenende arbeiten sollen. So habe ich entschieden, zurückzugehen und meine Lehre zu beenden.»

Nach dem Abschluss spezialisiert er sich bei der Schweizer Firma Raskin Machines auf den Kundendienst mit vielen Reisen ins Ausland, besonders ... nach Italien. Inzwischen ist er mit einer Italienerin verheiratet, die er in der Schweiz kennengelernt hat, und er entscheidet sich für die Schweiz. Bevor sein Leben wieder wegen des Berufs entgleist.

«Raskin Machines ging es nicht mehr gut; die Firma hatte die Beiträge in die Pensionskasse nicht mehr bezahlt. 20 % unserer Guthaben waren verloren. Ich stellte fest, dass die Obrigkeiten nicht unfehlbar sind.» Dieses Gefühl, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren, ist ihm geblieben, die Einstellung, dass man sich gemeinsam schützen muss. Diese Erfahrung stärkt seine gewerkschaftliche Ader. «Das war einer dieser Schlüsselmomente, in denen ich begriffen habe, dass man sich gemeinsam für seine Rechte wehren muss.»

Nach der Pleite von Raskin Machines bewirbt sich Carmelo, inzwischen 30-jährig, erneut bei den TL, aber diesmal als Elektroniker, auch wenn er von Zeit zu Zeit immer noch fährt. «Ich bin zweimal zu den TL zurückgekehrt; ich bin mir Hin und Her gewohnt!», lacht er. Er kümmert sich um die Bordelektronik der Busse, dann um die Verkehrslenkung. Er kommt in die Technik-Gruppe von SEV-TL und wird schnell deren Präsident. Er wird Vater eines Sohnes und einer Tochter.

Carmelo beginnt eine Ausbildung zum Verfahrenstechniker, die über vier Jahre dauert. Dank seiner untypischen Laufbahn bei den TL, in der Werkstätte, den Depots, am Lenkrad und in der Elektronik, kennt Carmelo alle und hat das ideale Profil, um die Organisation zu überdenken, mit seiner Erfahrung aus dem Alltag. Es wird eine Technikerstelle geschaffen, um die Organisation besser zu strukturieren und die Entwicklung von Betriebsabläufen zu begleiten. So kann er sein Wissen in den Dienst des Unternehmens und der Kolleg/innen stellen.

Bei der Fusion der fünf Sektionen von SEV-TL wird er zum Vizepräsidenten des gemeinsamen Vorstands gewählt, danach zum Präsidenten. Nächsten März stellt er sich der Wiederwahl. Für ihn ist wichtig, «dass die Personen, die den Vorstand SEV-TL wählen, engagiert und überzeugt sind und bereit, diesen zu unterstützen und sich wenn nötig mobilisieren zu lassen. Wer auch immer gewählt wird, braucht eine aktive Basis, die Vertrauen zeigt und die wesentlichen Punkte zur Sprache bringt. Das macht die Stärke aus. Das ist der Antrieb, mit dem sich unsere Rechte verteidigen lassen. Und der gemeinsame Kampf gibt Kraft!» schliesst Carmelo.

SERVICE PUBLIC

Bertschy

